

AGENDA 2030 – NEUER WOHLSTAND FÜR DEUTSCHLAND

AUSGANGSLAGE UND „ERÖFFNUNGSBILANZ“ 2025

Deutschland Anfang 2025 – nach drei Jahren Ampel: Das ist eine Wirtschaft in tiefer Krise. Das Bruttoinlandsprodukt ist das zweite Jahr in Folge gesunken. Die Insolvenzzahlen steigen. Es sind so viele Menschen arbeitslos, wie seit fast zehn Jahren nicht mehr. Laufend kündigen Unternehmen Stellenabbau an. 130.000 Arbeitsplätze sind 2025 allein in der Autoindustrie gefährdet. Derzeit verlieren wir 7.000 Industriearbeitsplätze – pro Monat. Die Energiekosten sind auf einem Höchststand. Bei der Abgabenlast liegt Deutschland in einer unrühmlichen Spitzengruppe, bei der Belastung durch Bürokratie erst recht. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft geht zurück. Bei den Wachstumsaussichten ist Deutschland OECD-Schlusslicht.

Politische Konflikte in der Welt und strukturelle Umbrüche durch Digitalisierung und Dekarbonisierung stellen unser „Geschäftsmodell Deutschland“ in Frage: Billiges Gas aus Russland, preisgünstige Vorprodukte aus China, hochwertige Exporte in alle Welt und Sicherheitsgarantien durch die USA – das ist Vergangenheit. Der Begriff De-Industrialisierung ist mittlerweile in aller Munde – und das in Deutschland, einem Land, das immer stolz auf seine erfolgreiche Industrie war. Ein Deutschland, auf das im Ausland nunmehr mit Verwunderung statt mit Bewunderung geschaut wird.

Deutschland Anfang 2025: Das ist eine Stimmung in Wirtschaft und Gesellschaft, die wie Mehltau über dem Land liegt. Die Menschen fühlen sich gegängelt. Fleiß, Arbeit und Anstrengung lohnen sich immer weniger. Das Versprechen von Aufstieg durch Leistung scheint leer. Ein Gefühl zunehmender Ungerechtigkeit macht sich breit.

Und die Politik? Die Ampel ist gescheitert. Sie war immer weit weg von den Menschen und Unternehmen im Land. Auch deswegen hat sie bis zuletzt den Ernst der Lage geleugnet. Sie hat gestritten und so für große Verunsicherung gesorgt. Wirtschaftliche Folgen sind größte Zurückhaltung bei Investitionen und Konsum. Die deutsche Wirtschaft schrumpft. Politische Konsequenzen sind ein gefährlicher Vertrauensverlust in die Demokratie und ein Vertrauensverlust in die Lösungskompetenz der Politik insgesamt.

UNSERE ANTWORT: DIE AGENDA 2030

Deutschland Anfang 2025 – das ist auch ein Land, das in wenigen Wochen die Wahl hat: zwischen einem Weiter-so und dem direkten Weg in die längste Rezession der bundesdeutschen Geschichte – oder einem echten Politikwechsel hin zu neuem Aufschwung, Wachstum und Wohlstand. Deutschland hat das Potenzial, um wirtschaftlich wieder nach vorne zu kommen – mit seinem innovativen Mittelstand und seinen Familienunternehmen, mit Handwerk und freien Berufen, mit kreativen Gründern und weltweit

erfolgreichen Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Vor allem: mit hoch motivierten und qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die unser Land am Laufen halten. Deutschland braucht endlich eine Politik, die das Potenzial dieses Landes, dieser Menschen freisetzt und das Land wirtschaftlich wieder nach vorne bringt. Deutschland braucht den Politikwechsel – auch und gerade in der Wirtschaftspolitik. Denn Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne eine starke Wirtschaft ist alles nichts. Ohne eine starke Wirtschaft kein starker Sozialstaat. Dazu macht das Wahlprogramm von CDU und CSU umfassende wirtschaftspolitische Vorschläge. Es macht einen Unterschied, wer regiert. Wir untermauern dies jetzt mit einer Agenda 2030 – einer Agenda für Aufbruch und Zuversicht.

AGENDA 2030: UNSER ZIEL FÜR DEUTSCHLAND!

Wir wollen Deutschland wieder nach vorne bringen. Wir haben klare Ziele für unseren Standort, für unsere Wirtschaft, für unser Land.

- Wir wollen in den globalen Zukunftstechnologien vorne mitspielen – von industriellen KI-Anwendungen bis zu Revolutionen in der Gesundheitstechnik. Wir wollen eine Wirtschaft, die ihre komparativen Vorteile im globalen Wettbewerb voll ausspielen kann, insbesondere das große Innovationspotenzial unseres Landes. Wir wollen, dass Deutschland ein Marktplatz für Tüftler und Gründer ist, die öfter und schneller im Zusammenwirken mit Mittelstand und großen Unternehmen aus bahnbrechenden Ideen erfolgreiche Geschäftsmodelle machen; eine Wirtschaft, die sich auf eine wieder wettbewerbsfähige Industrie stützen kann – mit lückenlosen und langen Wertschöpfungsketten, inklusive einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung.
- Wir wissen, dass es vor allem die Menschen in unserem Land sind, die den Unterschied machen – mit ihrem Fleiß, ihrer Einsatzfreude, ihrem Pioniergeist, ihrem Mut, ihrer Verlässlichkeit und ihren Ideen. Wir wissen auch, dass wir mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen und unseren Wohlstand erhalten und mehren können. Wir wollen eine gerechte Leistungsgesellschaft sein, in der der Fleiß der Menschen wieder mehr honoriert wird. Das ist auch ein Gebot von Fairness und Respekt. Wir wollen ein Land, in dem Frauen und Männer gerne arbeiten, weil die Rahmenbedingungen stimmen – weil ihnen mehr Netto vom Brutto bleibt, sich Fleiß zum Beispiel bei Überstunden finanziell lohnt, weil die Kitaversorgung verlässlich ist, weil sich qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland unkompliziert einbringen können. Dann ist Deutschland ein Land, in dem alle wieder gemeinsam für den Erfolg des Landes anpacken können.
- Wir wollen einen starken und fairen Sozialstaat – wissend, dass eine starke Wirtschaft der beste Garant für verlässliche soziale Sicherungssysteme ist. Wir setzen auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft, die zu guten Löhnen führt und auf ein

74 Sozialabgaben-Niveau, das sich wieder auf die 40 Prozent-Marke hinbewegt. Und wir
75 wollen die Soziale Marktwirtschaft auf eine neue Stufe heben, in dem wir Arbeitneh-
76 merinnen und Arbeitnehmern mehr Anteil am Produktivkapital und an den wirtschaft-
77 lichen Erfolgen der Unternehmen ermöglichen.

- 78 • Wir wissen, wie eine starke Wirtschaft und ein – an den richtigen Stellen – starker Staat
79 einander bedingen: Daher sind eine starke Bundeswehr, Innere Sicherheit, funktionie-
80 rende Verkehrsinfrastruktur, gute Schulen und Krankenhäuser sowie eine funktionie-
81 rende Verwaltung auf der Höhe der Zeit wichtiger denn je. Nur eine starke Wirtschaft
82 bildet eine solide Grundlage für die notwendigen Investitionen in unsere Zukunft.

- 83 • Am wichtigsten aber ist: Wir wollen wieder ein Land des Mutes und der Zuversicht sein,
84 ein Land der Menschen, die an Aufstieg glauben und Chancen ergreifen, und dabei Ge-
85 meinschaft, Zusammenhalt und die Zukunft für die kommenden Generationen fest im
86 Blick haben. Ein Land, in dem Solidarität als Gegenseitigkeit empfunden und gelebt
87 wird.

- 88 • Mit dieser Agenda 2030 setzen wir uns für Deutschland ein wirtschaftspolitisches
89 Zwei-Prozent-Ziel: Wir wollen wieder Wachstumsraten von mindestens zwei Prozent
90 erreichen.

91 **AGENDA 2030: UNSER KOMPASS FÜR DEUTSCHLAND!**

92 Für unseren Weg zum Ziel haben wir einen wirtschaftspolitischen Kompass, der sich fun-
93 damental von der Politik der Ampel unterscheidet.

- 94 • Die Ampel, das war bürokratische Gängelung. Das war politische Mikrosteuerung nach
95 ideologischen Wünschen – wie das Heizungsgesetz aus dem Hause Habeck. Wir in der
96 CDU wissen: Kern der Sozialen Marktwirtschaft ist das Vertrauen in die Menschen und
97 ihre Eigenverantwortung, in ihre Talente und Fähigkeiten, in Anreize statt Verbote. Ge-
98 rade in Zeiten wie diesen, in Zeiten großer technischer und wirtschaftlicher Umbrüche,
99 brauchen wir Kreativität und Initiative eines jeden Einzelnen. Mehr Vertrauen in die Ei-
100 genverantwortung, weniger Zwang und Staatsgläubigkeit – das ist der richtige Weg.

- 101 • Die Ampel, das waren teure, milliardenschwere Fehlanreize und fehlgesteuerte Um-
102 verteilung – wie das Bürgergeld. Wir wollen demgegenüber Anpacken honorieren und
103 dazu motivieren, damit sich Fleiß und Leistung wieder lohnen. Wer arbeiten kann,
104 muss auch arbeiten und darf nicht auf Kosten der Gemeinschaft leben.

- 105 • Die Ampel, das war ideologische Verengung, wenn es um Technik ging – wie das Ver-
106 brenner-Verbot. Wir werden wissenschaftlich fundiert, technologieoffen sowie mög-
107 lichst pragmatisch handeln. Wir setzen auf Anreize statt Verbote.

- 108 • Die Ampel, das ist das Verlieren des Blicks auf die Breite der Unternehmen und ihrer
109 Wirtschaftskraft. Ein wirtschaftliches Kraftzentrum wie der deutsche Mittelstand

110 hatte unter der Ampel zu leiden. Wir setzen auf Entlastungen für alle Unternehmen –
111 in ganzer Breite. Das ist fairer und viel wirksamer für unsere Wirtschaft.

112 • Die Ampel, das war permanenter Streit. Wir wissen, dass Investitionen vor allem eines
113 brauchen: verlässliches Regierungshandeln.

114 • Und schließlich: Die Ampel, das war ein permanentes Schlechtreden der grundgesetz-
115 lichen Schuldenbremse und eine Haushaltspolitik geprägt durch Trickserien und
116 Chaos. Wir wissen, dass nur seriöses Haushalten vor einer Neuauflage der Euro-
117 Schuldenkrise und den Steuererhöhungen von morgen schützt.

118 **AGENDA 2030: UNSERE MAßNAHMEN FÜR DEUTSCHLAND!**

119 Mit dem Wahlprogramm haben wir unseren Plan für die wirtschaftliche Zukunft Deutsch-
120 lands dargelegt. Mit der Agenda 2030 gehen wir den nächsten Schritt.

121 **1. Neue Chancen für Wohlstand: Die große Steuerreform**

122 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland müssen im europäischen Ver-
123 gleich die zweithöchste Abgabenlast tragen. Das ist weder leistungsgerecht oder fair noch
124 macht es den Standort Deutschland attraktiv für Menschen, die etwas schaffen wollen.
125 Auch bei der Steuerbelastung unserer Unternehmen liegt Deutschland mit rund 30 Pro-
126 zent weit vorn. Andere Staaten haben schon reagiert und die Steuerbelastung für Unter-
127 nehmen gesenkt. Nicht aber Deutschland. Das schadet unserer Investitions- und Innova-
128 tionskraft und verhindert neue Arbeitsplätze.

129 Wir werden daher handeln und eine große Steuerreform umsetzen – die umfassendste
130 seit Jahrzehnten. Damit entlasten wir Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Unterneh-
131 men in Deutschland. Wir sorgen für mehr Leistungsgerechtigkeit, für mehr Investitionen
132 und Arbeitsplätze sowie für sichere Sozialsysteme, kurzum: für mehr Wohlstand im Land.

133 Folgende Eckpunkte sehen wir für die große Steuerreform vor:

- 134 • Die Umsetzung erfolgt in **vier Jahresschritten** beginnend zum **1. Januar 2026**.
- 135 • Wir werden die **Einkommensteuerbelastung** deutlich reduzieren. Der Anstieg des
136 Einkommensteuertarifs soll zukünftig flacher verlaufen. Der sog. Spitzensteuersatz
137 soll erst bei 80.000 Euro greifen. Den **Grundfreibetrag** werden wir jährlich erhöhen.
138 Das führt insgesamt zu einer niedrigen Steuerbelastung für alle Steuerzahlerinnen und
139 Steuerzahler, insbesondere für die arbeitende Mittelschicht.
- 140 • Ergänzend werden wir weitere steuerliche Maßnahmen umsetzen, um freiwillige Mehr-
141 arbeit attraktiver zu machen. Dazu stellen wir **Überstundenzuschläge** bei Vollzeitbe-
142 schäftigung steuerfrei. Für Rentner, die freiwillig weiterarbeiten möchten, führen wir
143 die **Aktivrente** ein: Ein Verdienst bis 2.000 Euro im Monat bleibt dann steuerfrei.

- 144 • Wir verbessern die steuerliche Absetzbarkeit von **Kinderbetreuungskosten und haus-**
145 **haltsnahen Dienstleistungen.**
- 146 • Wir schaffen den **Solidaritätszuschlag** vollständig und endgültig ab.
- 147 • Wir werden die **Körperschaftsteuer** schrittweise auf zehn Prozent reduzieren.
- 148 • Wir vereinfachen die **Gewerbesteuer**. Zukünftig soll das für den Unternehmenssitz zu-
149 ständige Finanzamt das gesamte Verfahren abwickeln und die Steuereinnahmen – auf-
150 kommensneutral und gerecht – an die Standortkommunen verteilen.
- 151 • Wir verbessern zudem das **Optionsmodell, die Thesaurierungsbegünstigung, die**
152 **Verlustverrechnung und Abschreibungen.**
- 153 • Damit soll die Steuerbelastung auf einbehaltene Unternehmensgewinne auf **25 Pro-**
154 **zent** gesenkt werden.

155 **2. Mehr Arbeitskraft, mehr Flexibilität: Neue Grundsicherung, Fachkräfte-Anwer-** 156 **bung, neues Arbeitszeitrecht**

157 In Deutschland gibt es einen erheblichen Mangel an Arbeitskräften. Wir wollen daher das
158 inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausschöpfen und ausländischen Fachkräften
159 den Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt vereinfachen.

- 160 • Ein wichtiger Baustein für die inländische Aktivierung von Arbeitskräften ist die Ab-
161 schaffung des sog. Bürgergeldes und die Einführung einer **Neuen Grundsicherung**.
162 Unser Staat unterstützt Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Wenn jemand grund-
163 sätzlich nicht bereit ist, Arbeit anzunehmen, obwohl er arbeiten könnte, muss der Staat
164 davon ausgehen, dass er nicht bedürftig ist. Dann muss die Grundsicherung komplett
165 gestrichen werden. Die Solidargemeinschaft kann nur funktionieren, wenn sich alle so
166 einbringen, wie sie es können. Deshalb wollen wir Sanktionen bei Fehlverhalten
167 schneller und unbürokratischer durchsetzen. Wer zum Beispiel ohne sachlichen
168 Grund mehr als einmal nicht zu Terminen mit dem Jobcenter erscheint, wird – bis zur
169 Wiederaufnahme der Gespräche – keine Leistungen mehr bekommen. Den Vermitt-
170 lungsvorrang führen wir wieder ein. Wir reformieren die Hinzuverdienstgrenzen und die
171 Transferentzugsraten, damit es sich finanziell wieder mehr lohnt, eine Arbeit aufzuneh-
172 men oder die Stundenzahl zu erhöhen. Digitalisierung, Automatisierung und KI sollen
173 Standardprozesse (zum Beispiel Antrags-/Unterlagenprüfungen) verschlanken, damit
174 Ressourcen gezielt in die Betreuung von Arbeitssuchenden fließen. Wir wollen die Bun-
175 desagentur für Arbeit und die Jobcenter als nationales Pilotprojekt maximal auf KI-ge-
176 stützte Prozesse umstellen.

- 177 • Neben der neuen Grundsicherung bleibt die **Bildungs- und Ausbildungspolitik** – bei
178 gleichwertiger Förderung von beruflicher und akademischer Bildung – zentral für den
179 inländischen Fachkräftenachwuchs. Hierzu zählt auch die stärkere Fokussierung von

frühkindlicher Bildung. Wir wollen nicht hinnehmen, dass über 2,4 Millionen junge Menschen zwischen 18 und 34 Jahren keinen beruflichen Abschluss haben.

- Wir brauchen auch qualifizierte ausländische Fachkräfte – egal ob in der Pflege oder der Software-Entwicklung. Sie leisten einen zentralen Beitrag zu unserem wirtschaftlichen Erfolg: Jede fünfte Gründung in Deutschland erfolgt durch Unternehmer mit ausländischen Wurzeln. Wir schaffen eine neue **digitale Bundesagentur für Fachkräfte-Einwanderung** als einheitliche Ansprechpartnerin für ausländische Fachkräfte: von der Anwerbung, der Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen und Arbeitsplatzvermittlung über die Prüfung der Einreise-Voraussetzungen und Visavergabe bis hin zum Aufenthaltstitel. Damit bündelt die Agentur alle Verfahren der Erwerbsmigration, die zurzeit zersplittert bei Auslandsvertretungen, Bundesländern, Landkreisen, Kammern und Kommunen geführt werden. Ein Wechsel von einem Bundesland ins nächste führt dann nicht mehr zum Bruch der behördlichen Betreuung. Den Fokus legen wir auf die vereinfachte und beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Nur eine konsequente Trennung der Verfahren zur Fachkräfteanwerbung von den Asylverfahren lenkt Migration in die richtige Richtung.
- Neben praxisgerechteren Formerfordernissen im Arbeitsrecht passen wir das **Arbeitszeitgesetz** an: Zukünftig soll es eine wöchentliche anstelle einer täglichen Höchstarbeitszeit geben. Damit wollen wir Unternehmen und Arbeitnehmern mehr Flexibilität ermöglichen, auch im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und um individuellen Lebensentwürfen besser Rechnung zu tragen.

3. Erneuerung eines Erfolgsmodells: Krisenfeste Exportwirtschaft, wettbewerbsfähiges Europa

Unser Standort und unsere exportorientierte Wirtschaft sehen sich mehr denn je in ihren Grundlagen und ihrer Sicherheit gefährdet. Die Liste der Herausforderungen ist lang und reicht von Unsicherheiten bei der Rohstoffversorgung, unfairem Handeln von Systemkonkurrenten bis hin zu Cyberattacken und einer militärischen Bedrohung durch Russland. Die Zeit einer außen- und wirtschaftspolitischen „Schönwetterlage“ ist vorbei. Wir wollen, dass Deutschland trotzdem als Exportwirtschaft erfolgreich bleibt. Für uns ist klar: Protektionismus und unlautere Handelspraktiken sind der falsche Weg, denn sie bedrohen unser aller Wohlstand. Unser Kompass ist und bleibt ein starker internationaler Freihandel. Gleichzeitig brauchen wir aber eine neue Krisenfestigkeit, ja Wehrhaftigkeit. Dazu setzen wir auf eine neue Strategiefähigkeit, einen vernetzten Ansatz und den engen Schulterschluss mit unseren europäischen und internationalen Partnern.

- Wir wollen, dass **Cybersicherheit „Made in Germany“** zu einer weltweiten Marke und Deutschland attraktiver Standort für innovative Unternehmen der Cybersicherheit und der Krypto-Wirtschaft wird. Unseren innovativen Mittelstand – begehrtes Cyber-

- 217 Angriffsziel internationaler Konkurrenten, fremder Nachrichtendienste und Krimineller
218 – wollen wir mit mehr Aufklärung sowie steuerlichen Anreizen und günstigen Finanzie-
219 rungen für Cybersicherheitsmaßnahmen besser schützen.
- 220 • Die deutsche und europäische **Verteidigungsindustrie** braucht einen echten Schub.
221 Das ist zwingend für unsere Sicherheit – und schafft Wachstumsperspektiven. Dafür
222 setzen wir uns ein, zum Beispiel beim Aufbau eines europäischen Binnenmarktes für
223 Verteidigungsgüter mit gemeinsamen Exportregeln und einem besseren Zugang der
224 Verteidigungsindustrie zu Finanzierungsmitteln. Deutschland darf hier in Europa nicht
225 mehr der Bremsklotz sein.
- 226 • Europas Wirtschaftsentwicklung liegt im internationalen Vergleich, insbesondere zu
227 den USA, weit hinter den Möglichkeiten zurück. Das liegt insbesondere am zu geringen
228 Produktivitätswachstum in der EU. Wir rücken daher **Wettbewerbsfähigkeit** und Pro-
229 duktivität wieder in das Zentrum der Politik der EU, v. a. durch eine weitere Vertiefung
230 des Binnenmarktes, mit der wir europäische Unternehmen als European Champions fit
231 für den internationalen Wettbewerb machen. Mit der Banken- und Kapitalmarktunion
232 werden wir privates Kapital für die Finanzierung von Investitionen in Unternehmen und
233 Infrastruktur mobilisieren. Durch eine echte europäische Energieunion anstelle natio-
234 naler Alleingänge werden wir grenzüberschreitend eine saubere, bezahlbare und preis-
235 werte Energieversorgung sicherstellen. Mit einer europäischen Digitalunion schaffen
236 wir die Grundlagen für europaweit tätige Digitalunternehmen, die Verbreitung digitaler
237 Lösungen in der europäischen Industrie und eine effiziente digitale europäische Ver-
238 waltung auf allen Ebenen.
- 239 • Nur gemeinsam in der EU können wir deutsche Handels- und Wirtschaftsinteressen
240 global wirksam vertreten. Auch deshalb ist es grundfalsch, wenn die AfD aus der EU
241 austreten und den Euro als Währung aufgeben möchte. Das zerstört unser exportorien-
242 tiertes Wirtschaftsmodell und damit die Grundlage für unseren Wohlstand. Anknüp-
243 fend an Mercosur setzen wir uns ein für weitere pragmatische **Handelsabkommen** mit
244 Indien und den ASEAN-Staaten, vertiefte Partnerschaften insbesondere mit den USA
245 und damit für einen umfassenden transatlantischen Wirtschafts-, Handels- und Zu-
246 kunftsraum sowie neue Energie- und Rohstoffpartnerschaften.
- 247 • Wir müssen den Blick für **strategische Standortfaktoren** schärfen. Hierzu gehören
248 insb. Flug- und Seehäfen. Daher wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit von Häfen und
249 Wasserstraßen stärken und die Gesamtkosten des Luftverkehrs auf ein europaweit
250 wettbewerbsfähiges Niveau zurückführen.
- 251 • Im Rahmen unseres vernetzten Ansatzes werden wir den Bundessicherheitsrat zu ei-
252 nem Nationalen Sicherheitsrat weiterentwickeln und zukünftig auch mit sicherheitsre-
253 levanten Fragen der Handelspolitik befassen. Teil einer neuen Nationalen Sicherheits-
254 strategie soll auch eine **Strategie für Wirtschaftssicherheit** sein, die Risiken für den

255 Standort benennt und operative Ableitungen trifft. Dort fließen Erkenntnisse der Sicher-
256 heitsforschung ein, die wir in Deutschland – auch unter Einbeziehung militärischer For-
257 schung sowie internationaler Erfahrungen (zum Beispiel EU, Vereinigtes Königreich, Is-
258 rael) – stärken.

259 **4. Weltweit an die Spitze: Innovationen, Digitalisierung, KI**

260 Bei Innovationen, Digitalisierung und KI entscheidet sich die Zukunft unserer Wirtschaft,
261 gerade der Industrie. Daher müssen wir mehr tun, zum Beispiel für den erfolgreichen
262 Transfer von Forschungs- zu Geschäftsideen und für unkomplizierte Gründungen. Unser
263 Ziel bis 2030 ist: Wirtschaft und Staat wenden jährlich 3,5 Prozent des Bruttoinlandspro-
264 dukts für Forschung und Entwicklung auf.

265 • Wir wollen mehr für den **Transfer** von Forschungsergebnissen zu erfolgreichen Ge-
266 schäftsideen tun. Mit einem Innovationsfreiheitsgesetz wollen wir der Forschung mehr
267 Freiräume geben und sie von einer zu kleinteiligen Förderbürokratie befreien. Für mehr
268 Start-up-Gründungen aus der Spitzenforschung werden wir Forschungseinrichtungen
269 verstärkt am Erfolg ihrer Ausgründungen, insbesondere am investierten Wagniskapital,
270 messen und zugleich von den Ausgründungen profitieren lassen.

271 • Wir wollen **Unternehmergeist und Gründermut** stärken. Mit einer „Gründerschutz-
272 zone“ wollen wir Gründer in der Startphase so weit wie möglich von bürokratischen
273 Vorschriften entlasten. Die Vereinbarkeit von Selbständigkeit und Familie verbessern
274 wir. Gesetzlich stellen wir sicher, dass Forscher an Hochschulen die Nutzungsrechte
275 an solchen Erfindungen behalten dürfen, die sie absehbar in ein konkretes Gründungs-
276 projekt überführen. Wir bauen die Gründungsfinanzierung – zum Beispiel den beste-
277 henden Zukunftsfonds – aus und schaffen attraktive steuerliche Bedingungen für Wag-
278 niskapital. Generell wollen wir den Finanzplatz Deutschland als zentrale Infrastruktur
279 für den Kapitalbedarf und die Finanzierung unserer Wirtschaft und Startups stärken.
280 Denn je mehr Euro in der EU angelegt werden, desto mehr finden ihren Weg auch in
281 innovative Unternehmen bei uns.

282 • Die **Chancen von Digitalisierung und KI** gehen wir mit einem umfassenden Ansatz an:
283 Mit einem Beschleunigungs-Gesetz bringen wir den Glasfaserausbau voran. Die De-
284 ckung des stark steigenden Energiebedarfs für die KI-Datenzentren wird Teil unserer
285 nationalen Energiestrategie. Beim Datenschutz steuern wir um – weg von Gängelung,
286 hin zu einer pragmatischen Datenchancenpolitik. Wir verknüpfen Wissenschaft und
287 Praxis und starten eine auf Hochschulen für Angewandte Wissenschaften zugeschnit-
288 tene Initiative „KI im Mittelstand“. Politisch bündeln wir die entsprechenden Verant-
289 wortlichkeiten in einem Bundesdigitalministerium sowie Digitalressourcen im nachge-
290ordneten Bereich.

5. Eine stabile Basis: Industrie, Energie, Infrastruktur

Sie bietet ein Viertel der deutschen Wertschöpfung und fast jeden vierten Arbeitsplatz: Die Industrie ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Doch der Motor stottert, und der Ampel fehlt die Reparaturanleitung. Wir wollen unsere Industrie nicht nur zu alter Stärke zurückbringen, sondern auf die nächste Stufe heben.

- Wir reduzieren die Abgabenlast auf unsere **Strompreise** und streben eine Entlastung von mindestens 5 Cent pro kWh an. Dafür senken wir die Stromsteuer dauerhaft für alle auf das europäische Mindestmaß und reduzieren die Netzentgelte. Beim Aus- und Umbau der Infrastruktur werden wir alle kostensparenden Potenziale nutzen, zum Beispiel mehr grenzüberschreitenden Netzausbau, bessere Synchronisierung von Netzen, Speichern und neuen Erzeugungskapazitäten sowie verstärkte Kooperationen zwischen Verteilnetzbetreibern.
- Wir wollen auch in Zukunft eine starke **Automobilindustrie** als Schlüssel-Industrie und Arbeitsplatzgarant für unser Land. Pragmatismus ist auch hier das Gebot der Stunde. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Mit synthetischen Kraftstoffen können Verbrenner einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten – gerade bei der Bestandsflotte. Die CO₂-Flottenregulierung der EU ignoriert die aktuelle wirtschaftliche Realität. Hier drohen Strafzahlungen in Milliardenhöhe für die Hersteller. Dagegen wehren wir uns und treten für eine Neuausrichtung der CO₂-Flottenziele für den gesamten Zeitraum von 2025 bis 2035 ein: Ziel muss ein schrittweises Auslaufen sein, um Doppelbelastung von Herstellern und Kunden durch Flottenregulierung und EU-Emissionshandel für Transport- und Wärmesektor ab 2027 zu vermeiden. Der E-Mobilität geben wir ein Infrastrukturversprechen. Der Zollstreit mit China zu E-Autos muss so schnell wie möglich einvernehmlich gelöst werden – auch um eine toxische Zollspirale zu vermeiden.
- Im Sinne eines marktwirtschaftlichen Klimaschutzes wollen wir den EU-Emissionshandel voranbringen und durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren mit ihren energiebedingten Emissionen als zentrales Klimainstrument stärken. Wir wollen Klima- und Energiepartnerschaften schließen und den Schutz vor Verlagerungen von CO₂-Emissionen gewährleisten. Der europäische Zertifikate-Handel zeigt zugleich: Die EU ist zentral für unseren Standort. Deshalb ist es mehr als fahrlässig, dass die Ampel so oft in wichtigen Fragen in Brüssel keine Position hatte, weil sie in Berlin gestritten hat. Wir werden uns wirksam für deutsche Interessen einsetzen und bei allen großen EU-Regulierungen mit Auswirkungen für den Industriestandort für eine maximal pragmatische Weiterentwicklung eintreten – vom CO₂-Grenzausgleich, über die Chemikalienregulierung, bis zur Taxonomie und der europäischen Lieferkettenregulierung. Das Ziel ist klar: Mehr Wettbewerbsfähigkeit und Rückenwind für den Standort Europa.

- Egal ob **Verkehrsinfrastruktur oder Wohnungsbau** – wir wollen schon in wenigen Monaten mehr Baukräne in unserem Land sehen. Das ist nicht nur gut gegen marode Brücken und für bezahlbaren Wohnraum. Das ist auch gut für die Wirtschaft insgesamt, hat doch der Bau eine wichtige Anschubfunktion für die Gesamtwirtschaft. Wir setzen auf die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei Verkehr, Bau, digitaler Infrastruktur und bei Industrieanlagen. Auch finanziell geben wir Schwung – zum Beispiel mit Sonderabschreibungen für bezahlbaren Wohnraum, eine auskömmliche und planungssichere Finanzierung von Autobahnen, Brücken- und Straßeninfrastruktur sowie mit mehr Spielräumen, um Privatkapital für Verkehrsinfrastrukturen zu nutzen.

6. Bürokratie-Rückbau und grundlegende Reform der Bundesverwaltung: Schneller, schlanker, digitaler

Längst ist die Bürokratie selbst für Experten undurchschaubar geworden. Die Ampel hat – so merkt auch der Nationale Normenkontrollrat an – neue Bürokratie-Belastungsrekorde aufgestellt. Wir werden Bürokratie zurückbauen sowie verlässlicher, schneller, schlanker und digitaler regieren. Anders als die Ampel, wollen wir den Staat weniger als Lehrmeister und mehr als Dienstleister; einen Staat, der an den richtigen Stellen schlank und an den richtigen Stellen stark ist. Im Ergebnis wollen wir die grundlegendste Reform der Bundesverwaltung seit der Wiedervereinigung angehen. Sie ist überfällig, damit Politik Vertrauen zurückgewinnt.

- Der deutsche und europäische Gesetzgeber lädt ganz selbstverständlich immer neue **Berichts- und Nachweispflichten** auf Unternehmen ab. Damit muss Schluss sein. Wir brauchen einen Mentalitätswandel bei Gesetzgeber und Verwaltung – hin zu einem echten Rückbau der Bürokratie auf nationaler und europäischer Ebene. Bei Berichtspflichten für statistische Zwecke werden wir zum Beispiel die Erhebungstiefe reduzieren und stärker auf digitale Anwendungen für repräsentative Aussagen setzen. Unser übergeordnetes Ziel ist ein „Einmal-reicht-Ansatz“: Bürger und Unternehmen sollen relevante Daten nur ein einziges Mal an die Verwaltung übermitteln. Es ist an den Behörden, sich – digital – besser zu vernetzen, um dann für den nötigen Datenaustausch zu sorgen. Es darf zum Beispiel nicht sein, dass bei den vierteljährlichen Verdiensterhebungen von den Unternehmen diverse Daten an die Statistischen Landesämter zu melden sind, die den Sozialversicherungen und Finanzämtern größtenteils bereits vorliegen. Langfristig sorgen wir für Entlastungen, indem wir Doppelstrukturen bei den Statistikämtern konsequent abbauen.
- Wir wollen eine **bessere Gesetzgebung**, weg von kleinteiligen Regelungen, hin zu strategischen Zielen und Kennziffern für die Zielerreichung. Dazu setzen wir konsequent auf Befristungen und eine nachprüfbare Wirksamkeitskontrolle staatlicher Regelungen. Was nicht liefert, wird gestrichen. Ebenso wie Jahressteuergesetze werden wir in

Zukunft Jahresgesetze zum Bürokratierückbau vorsehen. Wir werden uns dabei in Zukunft neben Verbändeabfragen auch auf die Ergebnisse neuer Bürokratie-Checks vor Ort mit direkten Hinweismöglichkeiten für Unternehmer und Arbeitnehmer stützen.

- Die blockierte Republik ist zu einem stehenden Begriff geworden. Wir wollen **Blockaden lösen**. Dabei nehmen wir vor allem das **Verbandsklagerecht** bei Infrastrukturvorhaben in den Blick. Kurzfristig prüfen wir, wo die Umsetzung der entsprechenden Richtlinie relevant über europäische Vorgaben hinausgeht. Auf europäischer Ebene werden wir eine Initiative zur Abschaffung starten. Wo möglich und sinnvoll, sehen wir ferner im Sinne schnellerer Rechtssicherheit eine Kürzung des Instanzenwegs auf zwei Instanzen vor. Und bei eindeutigen Verwaltungsfragen wollen wir mit KI von vornherein zu viel schnelleren Bescheiden kommen.
- Institutionell werden wir die erheblich gestiegene Zahl der Beauftragten um mindestens 50 Prozent reduzieren und in der Ministerialverwaltung mit zehn Prozent weniger Personal auskommen. Das von uns neu vorgesehene Digitalministerium werden wir an anderer Stelle einsparen, so dass die Gesamtzahl der Ministerien nicht erhöht wird. Mit einer **grundlegenden Reform der Bundesverwaltung** wollen wir zum einen die auf Rekordniveau gestiegene Zahl der Bundesbehörden durch Zusammenlegungen und einen Abbau von Redundanzen verringern. Zum anderen werden wir Ressourcen wirksamer einsetzen, in dem wir zentrale Dienste des Bundes – zum Beispiel Personal und IT, Compliance, Vergabe und Beschaffung – zusammenlegen. Beim Personal wollen wir mehr Wechselmöglichkeiten zwischen Verwaltung, Privatwirtschaft und Wissenschaft, insb. um der Verwaltung mehr Know-how bei Zukunftsthemen wie KI zu geben und einen zwischenzeitlich überbordenden Einsatz externer Berater zu reduzieren.
- Der Dreiklang aus Festhalten an der grundgesetzlichen Schuldenbremse, steuerlichen Entlastungen und notwendigen Investitionen kennzeichnet unsere **solide Finanzpolitik**. Die Schuldenbremse stellt sicher, dass aus Schulden von heute nicht die Steuererhöhungen von morgen werden und Deutschland weiter Stabilitätsanker in der Eurozone ist. Im Rahmen eines Kassensturzes kommen alle Ausgaben, insbesondere die während der Ampel-Jahre enorm gestiegenen Subventionen, auf den Prüfstand. Mit dem Wechsel zu einer ziel- und wirkungsorientierten Haushaltsführung wollen wir, dass der Bund insgesamt verantwortungsvoller – unternehmerischer – mit knappen finanziellen Mitteln umgeht. Die Haushaltsspielräume für – schrittweise umgesetzte – steuerliche Entlastungen und Investitionen schaffen wir mit richtigen politischen Prioritäten und Rahmensetzungen. So setzt die Neue Grundsicherung Anreize zur Arbeitsaufnahme und entlastet den Bundeshaushalt auf Ausgaben- und Einnahmenseite in Milliardenhöhe. Entlastungen bringen auch eine Begrenzung der Migration und unsere Effizienzmaßnahmen in der Verwaltung. Vor allem: Die Agenda 2030 wird zu mehr

402 Wachstum führen und so dem Bundeshaushalt perspektivisch neue Spielräume eröff-
403 nen.

404 **POLITIKWECHSEL AM 23. FEBRUAR 2025**

405 Die CDU bereitet sich auf den Tag der Übernahme von Regierungsverantwortung vor.
406 Denn wir wissen: Die Herausforderungen sind so groß, dass wir keine Zeit zu verlieren ha-
407 ben. Es zählt vom ersten Tage an. Aufsetzend auf Wahlprogramm und Agenda 2030 wer-
408 den wir auf dem Bundesparteitag am 3. Februar 2025 ein Sofortprogramm mit solchen
409 Maßnahmen beschließen, die eine unionsgeführte Bundesregierung mit besonderer Pri-
410 orität ab Tag eins ihres Regierungshandelns umsetzen wird; Maßnahmen, die einen ech-
411 ten Aufbruch für unser Land bedeuten.

412 So groß die Herausforderungen auch sein mögen, vor denen unser Land steht: Wir gehen
413 sie mit großer Zuversicht und Optimismus an. Denn wir haben einen Plan. Wir wissen, wie
414 regieren geht. Und wir wissen um das große Potenzial in unserem Land.

415 Deutschland verdient eine stabile und starke Regierung, die den Politikwechsel umsetzt.
416 Deutschland verdient eine CDU-geführte Regierung. Gemeinsam bringen wir Deutsch-
417 land wieder nach vorne, auf dass wir bald wieder stolz sein können auf unser Land.